

EU-Coronafonds verschuldet Subventionsflut

Der im Zuge der Corona-Pandemie aufgelegte und mit Schulden finanzierte EU-Fonds „NextGenerationEU“ hat die Geldschleusen geöffnet. Seither können sich viele Mitgliedstaaten nach Belieben bedienen, solange sie in ihre Projektbegründungen die richtigen Schlüsselwörter schreiben. Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz gehören natürlich dazu. Ob die Projekte wirklich dringend sind, bzw. auch aus nationalen Mitteln finanziert werden können, ist irrelevant, wenn geschenktes Geld aus Brüssel winkt. Um die kreditfinanzierten Subventionen „unter die Leute“ zu bringen, werden sogar Werbekampagnen und Videoclips produziert. Drei Beispiele:

Griechenland hat im großen Stil 200-Euro-Gutscheine für Laptops, Tablets und PC's an Kinder, Studenten und Lehrer verschenkt. Das Subventionsprogramm und die Online-Antragsstelle wurden in einem Werbevideo landesweit beworben.



Die EU verschenkte 200 Euro für Tablets.

Die Nachfrage war gewaltig. Mehr als 500.000 Kinder (ab dem Alter von vier Jahren!) sowie rund 150.000 Lehrer erhielten den Gutschein. Das entspräche rund 5 Mio. Personen in Deutschland. Ein Weiterverkauf der bezuschussten Geräte wurde untersagt; zumindest während der zweijährigen Garantiezeit. Mehr als 130 Mio. Euro hat das Programm die EU gekostet.

Eine Begründung für das Geldgeschenk war natürlich der Corona-Lockdown. Doch als im April 2021 die ersten Anträge gestellt werden konnten, war der lange, aber einzige Schul-Lockdown Griechenlands gerade zu Ende gegangen. Im Übrigen sollten die Segnungen von Tablets im Schulunterricht auch nicht überschätzt werden. Dänemark als einer der Vorreiter der Schul-Digitalisierung vollzieht gerade eine Kehrtwende. Das dortige Bildungsministerium hat jüngst sehr restriktive Empfehlungen zur Nutzung von Digitalgeräten in Schulen erlassen.

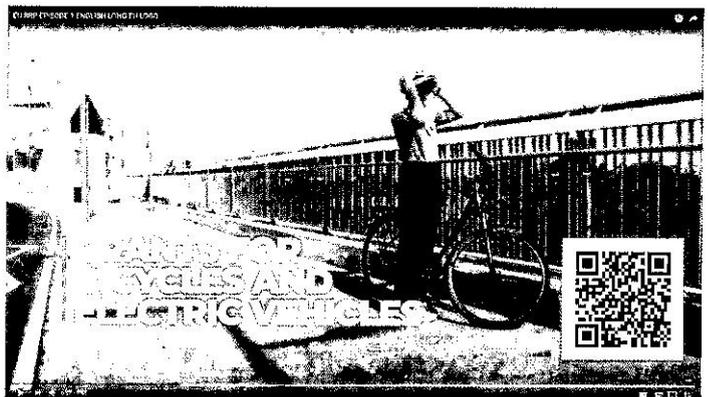
Gleichzeitig war das reiche Dänemark aber auch smart genug, sich u. a. 400.000 Euro aus dem EU-Corona-Fonds schenken zu lassen, um damit eine Werbekampagne für das Car-Sharing zu finanzieren.



Dänemark finanziert Carsharing-Werbung mit EU-Kreditgeld.

Kann man machen – aber mit Krediten, die die EU-Kommission am weltweiten Kapitalmarkt beschaffen und über Jahrzehnte abstottern muss?

Genauso fragwürdig ist ein Förderprogramm, das auf Malta in eine ähnliche Richtung geht. Malta hat 50 Mio. Euro aus dem Corona-Fonds bewilligt bekommen, um Prämien für Elektrofahrzeuge zu finanzieren. 50 Mio. Euro sind für ein kleines Land wie Malta durchaus erheblich. Gemessen an der Einwohnerzahl entsprechen das mehr als 8 Mrd. Euro für ein bevölkerungsreiches Land wie Deutschland. Malta bezuschusst mit dem EU-Geldgeschenk sogar E-Bikes, was auch eine der ersten Botschaften eines Werbevideos der Regierung war. 500 Euro winken hier.



Auf Malta verschenkt die EU 500 Euro pro E-Bike.

Wer sich in Malta ein E-Auto kauft, bekommt 11.000 Euro geschenkt. Bei Minibussen und kleinen Nutzfahrzeugen zahlt Brüssel sogar bis zu 70.000 Euro dazu.

Am Ende des Werbeclips ruft ein kleiner Junge strahlend „thank you, NextGenerationEU“. Doch er gehört der Generation an, die die dafür aufgenommenen EU-Schulden mit Zins und Tilgung zurückzahlen muss. Für E-Bikes und Autos, die dann längst verschrottet sein werden. *Matthias Warneke, warneke@steuerzahlerinstitut.de*